

wenig Aussicht, solange der Krieg dauert.

Die zivilen Politiker wollen sich mit einer nur scheinbaren Öffnung nicht begnügen. „Die Malvinen dürfen kein Vorwand sein“, forderte der Peronist Deolindo Bittel, „damit sich diese Regierung an der Macht verewigt.“ „Wir sind für die nationale Souveränität über die Malvinen“, so auch Gewerkschaftsboß Saúl Ubaldini, „aber auch für volle Souveränität durch Demokratie. Wir sind in keiner Weise für diese Regierung.“

So suchen die in unzählige Parteien und Flügel zersplitterten Oppositionspolitiker nun verzweifelt nach einer Übergangslösung. Konkretere Vorschläge als eine Einheitsregierung der „nationalen Rettung“ konnten sie bislang aber noch nicht vorweisen.

Einige hoffen fatalistisch, daß die Demokratie von selbst kommen werde: „Argentiniens Geschichte verläuft in Zyklen“, schrieb der Kolumnist Iglesias Rouco. „Einmal regieren die Politiker, einmal die Militärs.“

EG

Karte überreizt

Die EG-Partner rechneten mit England ab – und verletzten damit europäisches Reglement.

England im Krieg – gegen das ferne Argentinien, aber auch gegen jenen nahen Kontinent, den die Briten oft Europa nennen, als ob sie nicht dazugehörten.

Sie taten vorige Woche alles, ihren Atlantik-Krieg noch größer werden zu lassen und ihren Europa-Krieg zu verlieren. Vor dem britischen Unterhaus empörte sich Premierministerin Margaret Thatcher: „So etwas hat es noch nie gegeben.“ Und in Brüssel drohte ihr Landwirtschaftsminister Peter Walker: „Die Regierungen, die diesem Wechsel zugestimmt haben, werden noch bedauern, was sie heute getan haben.“

Der Zorn der Briten galt den Partnern der Europäischen Gemeinschaft, die vorigen Dienstag kurzerhand die wochenlange Blockade der Agrarpreise durch London durchbrachen und damit die bisherige Geschäftsgrundlage für Entscheidungen im Ministerrat über Bord warfen – so sehr hatte Britannien die Europäer gereizt.

Ungeachtet eines britischen Vetos verabschiedeten die Landwirtschaftsminister Frankreichs, Italiens, der Bundesrepublik, der Niederlande, Belgiens, Irlands und Luxemburgs insgesamt 64 Verordnungen, in denen sie die EG-Agrarpreise für 1982 um 10,5 Prozent heraufsetzten.

Freilich, in der Stunde der großen Abrechnung mit den Briten waren sich die Europäer so wenig einig wie bei früheren Konflikten: Dänemark und

Griechenland waren zwar mit dem Agrarpaket einverstanden, beteiligten sich aber nicht an der Abstimmung, weil sie ebenfalls die Prozedur nicht billigten.

EG-Europa trat in eine neue Phase seiner wenig glorreichen Geschichte ein: Mehrheitsabstimmungen im Ministerrat sind durch das Grundgesetz der EG, die Römischen Verträge von 1957, zwar erlaubt. Doch seit 16 Jahren galt eine andere Regel. Frankreichs damaliger Staatspräsident Charles de Gaulle hatte 1966 den „Luxemburger Kompromiß“ durchgesetzt, eine nicht unterzeichnete Protokollnotiz, wonach ein Mitglied nicht überstimmt werden dürfe, wenn es erkläre, daß die anstehende Frage seine „vitalen Interessen“ berühre.

De Gaulle blockierte damit die geplante Erweiterung supranationaler Zuständigkeiten für die Brüsseler Kommission, die er als Versammlung von „Vaterlandslosen“ und „Technokraten“ diffamierete. Die weitere Integration wurde damals gestoppt, de Gaulles „Europa der Vaterländer“ zementiert.

Daß die von London beanspruchten „vitalen Interessen“ nun erstmals nichts bewirkten, haben die Briten eigener Sturheit und falscher Taktik zuzuschreiben. Ein deutscher Beobachter der Verhandlungen: „Die Engländer haben ihre Karte klar überreizt.“

Mit zwei herrisch vorgetragenen Verlangungen hatte Margaret Thatchers Kriegeregierung ihre Partner in der EG konfrontiert, als sich die Außenminister am vorletzten Sonntag in Luxemburg am Rande der üblichen Nato-Tagung versammelten. Sie wünschte eine Verlängerung des bis 17. Mai befristeten EG-Einfuhrstopps für argentinische Waren, obwohl die Europäer schon den bisherigen Boykott nur zähneknirschend verhängt und die Briten vor kriegerischen Abenteuern gewarnt hatten.



Englischer Agrarminister Walker
„So etwas hat es nie gegeben“

Auf dem Tisch lag aber auch das alte Verlangen Londons nach einem kräftigen Nachlaß der vertraglichen Zahlungsverpflichtungen Großbritanniens gegenüber der Gemeinschaftskasse, das die EG seit dem Britenbeitritt um einen neuen Dauerkonflikt bereichert hat.

Rasch mußte der Chef des Foreign Office, Francis Pym, erkennen, daß Belgiens Außenminister Leo Tindemans, der im ersten Halbjahr 1982 turnusgemäß den Vorsitz im Ministerrat führt, beide Verlangungen Englands miteinander zu verknüpfen trachtete.

Entgegen Pym's Wunsch ließ der Belgier zuerst über einen neuen Beitragsvorschlag der Kommission diskutieren: Rabatt für London in Höhe von zwei Milliarden Mark für 1982. Der Brite blieb abweisend: Er könne sich nicht vorstellen, daß seine Regierung die Offerte als ausreichend ansehen werde.



Englischer Außenminister Pym
„Die werden das noch bedauern“

Als die Verlängerung der Argentinien-Sanktionen aufgerufen wurde, die den Engländern besonders am Herzen lag, waren bereits die Wagen vorgefahren, um die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik zum traditionellen „Deutschland-Essen“ mit ihrem amerikanischen Kollegen Alexander Haig abzuholen. Nun drängte die Zeit, denn am Abend des folgenden Tages sollte der EG-Boykott gegen Argentinien auslaufen.

Doch Pym, nach dem Rücktritt des erfahrenen Lord Carrington noch neu im Geschäft, erkannte die Gefahr nicht und hatte sich bereits verrannt: Auf der nahezu gleichzeitig stattfindenden Tagung der Landwirtschaftsminister, die über die fällige, vor allem von Frankreich verlangte Anhebung der Agrarpreise entscheiden sollte, wollten die Briten diese Angleichung so lange blockieren,

bis die anderen eine ihnen genehme Regelung der Budgetfrage gefunden hätten.

Am Montagabend bat Pym dringend darum, die Verlängerung der Sanktionen als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, denn schließlich gehe es um einen drängenden Termin. Er wurde beschiedenen, die Billigung der Agrarpreise sei ebenso fest terminiert, deshalb müsse zunächst über die Budgetfrage gesprochen werden.

Obwohl die neun Partner Londons deutlich gemacht hatten, das neue finanzielle Angebot sei zugleich ihr letztes, blieb Pym hart und hielt seine ablehnende Haltung vom Vorabend aufrecht.

Enttäuscht und verärgert wandte sich die Runde den Sanktionen zu. Statt der gewünschten Verlängerung um vier Wochen gestanden die Minister dürftige sieben Tage zu – und hielten sich so die Hand frei, nach einer englischen Falkland-Invasion vergleichsweise schnell von ihrem Boykott loszukommen.

Drei Länder blieben gar fern: Italien, weil 40 Prozent der Argentinier italienischer Herkunft sind, Irland, weil es sich durch die militärischen Operationen Londons im Südatlantik an Englands Missetaten in Irland erinnert fühlt; Dänemark, weil eine so weitgehende Entscheidung nicht unter Umgehung seines Parlaments gefällt werden könne.

Ein Bonner Diplomat hinterher: „Hätten sich die Briten in der Budgetfrage flexibler gezeigt und Kompromißbereitschaft angedeutet, dann hätten sie sicherlich die verlangten vier Wochen bekommen.“

Am Dienstagvormittag schließlich mußten die Briten einsehen, daß eine entscheidende Prämisse ihres Pokers nicht mehr stimmte: Sie waren davon ausgegangen, die Franzosen würden das von ihnen selbst durchgesetzte Prinzip der Einstimmigkeit niemals durchbrechen und ein Mehrheitsvotum gegen den erklärten Willen eines anderen Mitglieds nicht durchgehen lassen.

Als die Briten ihren Fehler erkannten, war es bereits zu spät. Die Pariser Regierung war eher bereit, alte Regeln über Bord zu werfen, als sich weiter dem Druck ihrer Landwirte nach höheren Preisen auszusetzen.

Umgehend verlangte London die Einberufung eines Außenministerrates, der über das Abstimmungsverfahren entscheiden müsse. Doch in Luxemburg, wo nun wieder die Nato tagte, der das EG-Mitglied Irland nicht angehört, ließ Ratsvorsitzender Tindemans kühl verlauten, er habe sich unter seinen Kollegen umgehört: Ein solches Treffen sei nicht möglich und überdies nutzlos.

Der zweiten Abfuhr für die Briten folgte sogleich die dritte. Trotz heftiger Proteste des britischen Landwirtschaftsministers Walker verabschiedeten die Agrarminister Punkt um Punkt die Preisvorlage. Noch nie zuvor war Großbritan-

nien oder eines der anderen Mitglieder in der Europäischen Gemeinschaft so behandelt worden.

Für London ist seit Dienstag der „Luxemburger Kompromiß“ und damit das Vetorecht jedes Mitgliedslandes nicht mehr existent. Die Franzosen wollen es freilich weiter über die Runden retten.

Frankreichs Agrarministerin, die Mittelrand-Vertraute Edith Cresson, argumentierte in Brüssel: Bei der Agrarpreisentscheidung sei es nicht um vitale Interessen Großbritanniens gegangen; London habe diese Frage lediglich als Hebel benutzt, um seine Budgetziele durchzusetzen. Der normale Geschäftsgang der EG aber dürfe durch ein Veto nicht aufgehalten werden.

Erste erkennbare Folge: Künftig wird ein Mitgliedsland der Gemeinschaft nicht mehr allein bestimmen können,

USA

Faust aus Samt

Ronald Reagan ist auf vorsichtigen Entspannungskurs eingeschwenkt – und prompt den Falken ins Visier geraten.

Das Zentralorgan des Kapitalismus beklagte das Ende der gerade erst angebrochenen Reagan-Epoche:

„Wir haben Senatoren“, jammerte das „Wall Street Journal“, „die sich für das Einfrieren der Nuklearwaffen einsetzen . . . wir haben Establishment-Figuren, die den Widerruf der Erstschlag-Doktrin fordern . . . und wir haben einen Präsidenten, der Verhandlungen über die Reduzierung von Atomwaffen



Sowjetischer Staatschef Breschnew: „Schritt in die richtige Richtung“

welches seine vitalen Interessen sind. Darüber entscheidet künftig die Mehrheit – das wäre ein Fortschritt auf dem Weg zur Einheit EG-Europas.

Es könnte aber auch sein, daß Londons Reaktion die EG noch in eine tiefe Krise stürzt, vor allem, wenn ein Erfolg gegen den Feind Argentinien die harte Margaret Thatcher noch härter gegen die Freunde in Europa macht.

Wie die Franzosen bangten auch die Deutschen um ihr geliebtes Veto: Im Bonner Kabinett zeigten sich Kanzler Schmidt sowie die Minister Apel und Lahnstein am Mittwoch besorgt darüber, daß das Prinzip der Einstimmigkeit aufgegeben würde.

Ihre Bedenken: Eines Tages könne auch die Bundesrepublik Opfer solcher Mehrheitsbeschlüsse sein und Bonn als einziger Netto-Zähler in der EG durch Beschluß der anderen zu erhöhten Zahlungen verpflichtet werden.

vorschlägt“, obwohl doch die Russen in Afghanistan „Giftgas gegen den einheimischen Widerstand einsetzen“.

Der rechte Kolumnist William F. Buckley kreidet seinem Präsidenten an, daß er sich „ungeachtet der verstärkten Repression“ in Polen mit Leonid Breschnew an einen Tisch setzen wolle. Seinem Kollegen Patrick J. Buchanan riecht das nach „Detente 2“. Gesinnungsgenosse William Safire ärgert sich über des Präsidenten „Faust aus Samt im Handschuh aus Eisen“. Der neokonservative Ideologe Norman Podhoretz empfindet über sein einstiges Idol Ronald Reagan nichts als „Enttäuschung, die an Verzweiflung grenzt“.

Ronald Reagans Außenpolitik mag europäischen Kritikern noch immer kaltkriegerisch, falkenhaft oder unglaublich erscheinen – amerikanische Rechte fühlen sich verraten, seit der Präsident vorletzte Woche in Eureka (Illinois) ver-